neuen Preisen für die Herstellung von **Geweben auf Handwebstühlen** bezogen haben, abweichend von den Bestimmungen dieser Anordnung nach

- der Anordnung (Nr. 1) vom 25. Mai 1964 über die Zuführung und Abführung von Preisdifferenzen für Chemiefaserstoffe (Fasern und Seiden), Naturseide und Flockenbast durch Herstellungsbetriebe von Textilerzeugnissen (GBl. II S. 517),
- der Anordnung Nr. 2 vom 2. Dezember 1964 über die Zuführung und Abführung von Preisdifferenzen für Chemiefaserstoffe (Fasern und Seiden), Naturseide und Flockenbast durch Herstellungsbetriebe von Textilerzeugnissen (GBl. II S. 1010),
- der Anordnung Nr. 1 vom 2. Dezember 1964 über die Zuführung und Abführung von Preisdifferenzen für natürliche Textilrohstoffe, Garne, Zwirne und Lohnarbeiten in der Textilindustrie (GBl. II S. 1013).

durch.

IV.

Gemeinsame Bestimmungen

§ 15

Verspätungszuschläge, Verzugszuschläge

Bei verspäteter Einreichung der Abrechnung haben die Räte der Kreise, Abteilungen Finanzen, Verspätungszuschläge und bei verspäteter Abführung des Preisausgleichs an den Rat des Kreises Verzugszuschläge gemäß Zuschlagsverordnung vom 19. Januar 1961 (GBl. II S. 39) zu erheben.

§ 16

Verjährung

U) Preisausgleiche verjähren nach 3 Jahren.

(2) Die Verjährungsfrist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Anspruch auf Zahlung oder die Verpflichtung zur Abführung eines Preisausgleiches entstanden ist.

§ 17

Kontrolle

(1) Die Kontrolle über die Einhaltung der Bestimmungen dieser Anordnung erfolgt durch den zuständigen Rat des Kreises, Abteilung Finanzen.

(2) Soweit bei der Kontrolle festgestellt wird, daß Preisausgleiche nicht ordnungsgemäß ermittelt, verrechnet oder ausgeglichen worden sind, ist ein Kontrollbescheid zu erlassen. Für nachzuerhebende Beträge sind Verzugszuschläge bis zu 8 % gemäß Zuschlagsverordnung vom 19. Januar 1961 zu erheben.

§ 18

Inkrafttreten

Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1967 in Kraft.

Berlin, den 15. Dezember 1966

Der Minister der Finanzen

I. V.: K a m i n s k y
Erster Stellvertreter des Ministers

Anordnung über die Durchführung vorübergehender finanzieller Maßnahmen im Zusammenhang mit der Industriepreisreform bei privaten Handwerkern sowie Inhabern von Kleinindustriebetrieben.

Vom 15. Dezember 1966

I.

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Anordnung gilt für private Handwerker, Inhaber von Kleinindustriebetrieben, die in die Gewerberolle der Handwerkskammer eingetragen sind (nachstehend zusammengefaßt als Betriebe bezeichnet).
- (2) Die Anordnung ist anzuwenden auf Einkommens- bzw. Gewinnveränderungen, die sich aus der Wirkung der neuen Industriepreise der Industriepreisreform ergeben.
- (3) Diese Anordnung ist auch auf Einkommens- und Gewinnveränderungen anzuwenden, die sich aus der Veränderung von Handelsspannen im Zusammenhang mit Preisneuregelungen der Industriepreisreform bei privaten Handwerkern bzw. Kleinindustriebetrieben ergeben, die eine Einzelhandelstätigkeit ausüben.

§ 2

Behandlung von Kostenveränderungen

- (1) Die im Zusammenhang mit Preisneuregelungen der Industriepreisreform eintretenden Kostenveränderungen vermindern bzw. erhöhen den steuerpflichtigen Gewinn.
- (2) Bei der Ermittlung des Wertes für im Betrieb selbst hergestellte Anlagegegenstände ist das verbrauchte Material zu neuen Industriepreisen anzusetzen.

II.

Gewährung von Steuerermäßigung für private Handwerker und Inhaber von Kleinindustriebetrieben, für deren hergestellte Erzeugnisse bzw. Leistungen keine neuen Industriepreise wirksam werden

§ 3

Umfang der Steuerermäßigung

- (1) Private Handwerker und Inhaber von Kleinindustriebetrieben erhalten die für das Jahr 1967 eintretenden Nettoeinkommensminderungen in voller Höhe in Form von Steuerermäßigung durch den Staatshaushalt ausgeglichen, soweit die Minderungen durch Mehrkosten im Zusammenhang mit Preisneuregelungen der 3. Etappe der Industriepreisreform ab 1. Januar 1967 bei dem Bezug von Grund- und Hilfsmaterial und Leistungen (einschließlich Transportleistungen) entstehen. Die Mehrkosten ergeben sich aus der Summe der Differenzbeträge zwischen den neuen Industriepreisen vom 1. Januar 1967 und den Preisen vom 31. Dezember 1966 für die zu neuen Preisen bezogenen Materialien und Leistungen. Preisminderungen sind mit Preiserhöhungen auszugleichen.